STADT BURGDORF

Stadtrat

Protokoll

SR-Nr:	5. Stadtratssitzung
Datum SR-Sitzung:	15. September 2025
Beginn:	19:00 Uhr
Schluss:	21:45 Uhr
Ort:	Gemeindesaal (2. Stock), Kirchbühl 23, Burgdorf

Die Sitzung wurde unter Angabe der Traktanden durch Publikation im digitalen Amtsblatt (https://e-publikation.ch) und auf der Website der Stadt Burgdorf (www.burgdorf.ch) bekannt gemacht.

Die Mitglieder des Stadtrates und Gemeinderates wurden zudem per Mail über die Aufschaltung der Traktandenliste und der übrigen Sitzungsunterlagen informiert und zur Sitzung eingeladen.

Teilnehmende:

Stadtratspräsident	Philipp Schärf
Stimmenzähler	Pascal Hebeisen, Marcel Suter
Mitglieder des Stadtrates	Adrian Merz, Urs Wüthrich, Roger Aebi, Annemarie Althaus-Zingg, Gabriela Bannwart, Tanja Blume, Marc Bracher, Hermann Dür, Claudia Fankhauser, Raffael Fluri, Yves Greisler, Jürg Grimm, Pascal Hebeisen, Christian Hedinger, Martin Hohl, Mirjam Kalbermatten-Wüthrich, Jürg Kämpf, Karin Karrer-Siegenthaler, Fabian Käsermann, Shana Kuster, Jonas Lauwiner, Esther Liechti-Lanz, Barbara Lüthi-Kohler, Debra Marti, René Marti, Franziska Maurer Roschi, Simon Reusser, Manfred Schaffer, Johanna Schlegel, Jeannine Seiler Keller, Marcel Suter, Ian Thompson, Beryll Veraguth, Anette Vogt, Jonas von Allmen, Claudia von Känel, Ulrich von Känel, Sybille Zingg Righetti
Entschuldigt	Viktoria Müller
Stadtpräsident	Stefan Berger
Mitglieder des Gemeinderates	Francesco Rappa, Peter von Arb, Elias Maier, Michael Ritter
Entschuldigt	Theophil Bucher, Beatrice Kuster Müller

Stadtschreiber	Stefan Ghioldi
Auskunftspersonen	-
Protokoll	Brigitte Henzi

Traktanden:

- Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 23.6.2025 3
- Informationen des Stadtratspräsidenten 3
- Informationen aus dem Gemeinderat 4
- Orientierung GPK; Ergebnisprüfung 4
- Initiative für ein Stadtklima mit Zukunft in Burgdorf (Stadtklimainitiative) – Gegenvorschlag 6
- Auftrag Fraktionen der SVP/EDU, SP, die Mitte, FDP, GLP und EVP sowie Jonas Lauwiner betreffend Ausbau Sportinfrastruktur in Burgdorf 16
- Auftrag Grüne Partei Burgdorf betreffend Planung ökologische Infrastruktur 17
- Auftrag Grüne Burgdorf, SP Burgdorf, EVP Burgdorf betreffend Aufbau Jugendparlament 18
- Überparteiliche Motion EVP, Grüne, SVP/EDU, glp, die Mitte und Jonas Lauwiner betreffend Anpassung Postleitzahl Südquartier Burgdorf 22
- Postulat EVP betreffend Gemeinschaftsgrab Erdbestattung 25
- Verschiedenes und Unvorhergesehenes 27

Appell

Der durch den Stimmenzähler Hebeisen Pascal durchgeführte Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 39 Mitgliedern des Stadtrates (SR).

Der Rat ist beschlussfähig.

Traktandenliste

Es erfolgen keine Änderungsanträge.

SRB: 2025-912 | Registratur-Nr. 1.7.1
Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 23.6.2025

Verhandlung
Es werden keine Bemerkungen gemacht.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt einstimmig das Protokoll der Stadtratssitzung vom 23. Juni 2025.

SRB: 2025-913 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen des Stadtratspräsidenten

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp begrüsst die Anwesenden zur fünften Sitzung im Jahr 2025. Im Speziellen begrüsst er als neues Mitglied im SR Suter Marcel und wünscht ihm viel Freude im Amt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass eine sehr sympathische junge Berner Dame, Kambundji Ditaji, den ersten Weltmeistertitel in der Leichtathletik für die Schweiz geholt hat. Herzliche Gratulation aus Burgdorf. Schliesslich wünscht der Vorsitzende allen einen guten Start in die zweite Jahreshälfte – nach hoffentlich erholsamen Sommerwochen, ob nah oder fern, bei Sonne oder Regen: Die Abwechslung macht es aus. Heute kurz vor Sitzungsbeginn ist die Informatik ausgestiegen. Es ist deshalb nicht möglich, mit dem online Tool zu arbeiten. Es ist auch im Gemeindesaal kein Zugriff möglich und man ist deshalb etwas analoger unterwegs. Der Vorsitzende ist aber überzeugt, dass man es trotzdem schafft. Der Vorsitzende informiert über die besuchten Anlässe. Er hat an der Solätte teilgenommen. Auch für auswärtige Personen ist es sehr speziell. Die Solätte ist ihm ans Herz gewachsen. Es war ein wunderbarer Tag mit Burgdorferinnen und Freunden, die er eingeladen hat aus der Nordwestschweiz. Am Morgen war er zum ersten Mal in der Kirche beim Morgenumzug. Es war sehr berührend. Mangiarratti Pino passende Lebensweisheiten den jungen Erwachsenen mit auf den Weg mitgegeben. Bei der Eröffnung des Cinété wurde der Film "Der Spitzname" gezeigt. Es ging teils recht schlüpfrig zu und her bei den Dialogen. Der Film zeigte was passiert, wenn alle aus ihrer Blase heraus argumentieren und sich gegenseitig auf den Deckel geben. Ein Highlight war das zweitägige Treffen in der Zähringerstadt Neuenburg am Rhein Ende Juli beim 850-Jahre-Jubiläum. Das ist in der Nähe von

Strassburg. Dabei ging es um das Feiern und Zelebrieren der gemeinsamen Geschichte der Stadte sowie der mittlerweile eingemeindeten der Weiler. Diese Stadt hat ziemlich viel gemeistert im Verlaufe der Zeit. Beim Wiederaufbau nach dem zerstörerischen Hochwasser oder nach der vollständigen Zerstörung. Es war die erste deutsche Stadt im Zweiten Weltkrieg, die vollständig zerstört war, was keine tolle Medaille ist, die man gewonnen hat. Die Stadt wurde wieder aufgebaut. Eine spannende Stadt mit offenem Park zum Rhein, die man sehr empfehlen kann. Es gibt auch einen grossen Campingplatz. Zum Abschluss hat er noch eine kleine Joggingrunde gemacht und beim neuen riesigen Galaxus-Verteilzentrum per Zufall eine junge Familie getroffen, die gerade nach Burgdorf gezogen ist. Ende Juli fand das Jubiläum des Zirkus Wunderplunder statt. Mit der Zahl 40 etwas weniger gross als das Jubiläum der Zähringerstadt, aber nicht minder spannend mit schillernden Personen. Wie sich die Crew mit wenigen, aber richtigen Strukturen in Schuss hält und alle paar Jahre wieder personell erneuert, und so Jahr für Jahr für viele Kinder in Burgdorf, aber auch in der Umgebung, Zugang zu kreativer Bildung schafft, ist gelinde gesagt mindblowing. Beim BLS-Gemeindepräsidentenanlass Mitte August kam es zur tollen Vernetzung zwischen den Gemeinden auf dem Thunersee. Es gab nicht nur eine gute Verpflegung und eine gute Aussicht, sondern auch tolle Gespräche mit der BLS-Führung und auch mit den Gemeindepräsidien. Geblieben ist dem Vorsitzenden, dass der bald abtretende Stadtammann von Freiburg, ein sehr sympathischer Herr, noch immer darauf hofft, dass Gottéron einmal Meister wird. Das Kulturapéro Ende August hat bewiesen, dass Kultur nicht nur Unterhaltung ist, sondern sie verbindet Leute, schafft Begegnungen und gibt Stoff zum Diskutieren und auch zum Schmunzeln. Der Burgdorfer Stadtlauf hat eben gerade stattgefunden und es hat Spass gemacht zu sehen, wie viele Läuferinnen und Läufer, von den Jüngsten bis zu den Erfahrensten, am Burgdorfer Stadtlauf in den Gassen von Burgdorf unterwegs waren. Das ist eine wahre Stadtverbundenheit. Von den Stadträtinnen und Stadträte hat es dieses Jahr nicht gerade gewimmelt, aber das kann man nächstes Jahr verbessern. Am Schluss beim Schlosshogger war plötzlich Gemeinderat Bucher Theophil nebenan und er hat die Motivation gegeben, den Hoger zum ersten Mal nicht hochzulaufen, sondern «z'seckle».

SRB: 2025-914 | Registratur-Nr. 1.7.1
Informationen aus dem Gemeinderat

Verhandlung
Seitens des Gemeinderates (GR) erfolgen keine Informationen.

SRB: 2025-915 | Registratur-Nr. 1.7.2
Orientierung GPK; Ergebnisprüfung

Verhandlung
Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, informiert über die Ergebnisprüfung der GPK vom 22. Mai 2025. Jede Gemeinde hat gemäss Artikel 121 der Kantonalen Gemeindeverordnung ein Organ einzusetzen, das die Ergebnisse der Leistungs- und Wirkungsmessung nach NPM, also die wirkungsorientierte Steuerung der Stadtverwaltung, überprüft. In der Stadt Burgdorf ist diese Aufgabe mit Artikel 36 Absatz 4 im Stadtratsreglement der GPK übertragen worden. Die Hauptaufgabe besteht darin, jährlich eine Berichterstattung über die Zielerreichung zu prüfen und den SR über das Prüfungsergebnis zu informieren. Die GPK hat im Rahmen der Ergebnisprüfung die Leistungs- und

Wirkungsmessung sowie die wirkungsorientierte Verwaltungsführung geprüft. Es handelt sich dabei um eine Nachprüfung von abgeschlossenen Vorgängen, basierend auf dem Geschäftsbericht. Es geht darum, zu prüfen, ob Daten über die Standards und Indikatoren richtig erhoben, zusammengestellt, ausgewertet und kommentiert werden. Die Ergebnisse der GPK werden anschliessend in einem Bericht zusammengefasst. Zusätzlich zur standardisierten Überprüfung hat die GPK auch die Umsetzung der bisherigen Empfehlungen überprüft. Die Ergebnisprüfung erfolgte am 22. Mai 2025 in einer ganztägigen Veranstaltung. Die GPK hat wiederum drei Prüfteams gebildet und insgesamt sechs Produktgruppen in vier Verwaltungsabteilungen unter Beizug von Auskunftspersonen aus der Stadtverwaltung überprüft. Die GPK dankt der Verwaltung und den Auskunftspersonen für ihre Kooperationsbereitschaft. Der Ergebnisprüfungsbericht wurde erstellt. Auf einzelne Punkte betreffend mangelnde Umsetzung von früheren Empfehlungen wurde noch einmal hingewiesen, und es wurden auch neue Empfehlungen gemacht. Ein zentrales Anliegen der GPK ist die direktionsübergreifende, prozessorientierte Denkweise und Zusammenarbeit innerhalb der gesamten Stadtverwaltung. Hier wurden erste beziehungsweise teilweise Fortschritte gemacht und Verbesserungen erzielt. Auf eine effiziente und lösungsorientierte Umsetzung der anstehenden Grossprojekte sind direktionsübergreifend noch grössere Anstrengungen bis hin zur Selbstverständlichkeit einer engen, ausgewogenen Zusammenarbeit von absoluter Notwendigkeit. Ein zentrales und in den Empfehlungen der Ergebnisprüfung immer wiederkehrendes Anliegen der GPK ist die Erarbeitung eines Controllingkonzepts für jede Produktgruppe oder eine substantiierte Begründung, weshalb es kein Controllingkonzept braucht. Auch anlässlich der Ergebnisprüfung 2025 hat die GPK wieder festgestellt, dass ihre wiederholte Empfehlung, für die ganze Stadtverwaltung ein Controllingkonzept inklusive Controllingdefinitionen zu erstellen, nach wie vor nicht in allen Direktionen umgesetzt ist und nach wie vor nicht alle Direktionen über ein systematisches Controllingkonzept verfügen. Das NPM-Reglement der Stadt Burgdorf verpflichtet den GR zum Beschluss eines Controllingkonzepts über die Organisationseinheiten zur Führung eines Controllings, Artikel 15 NPM-Reglement der Stadt Burgdorf, sowie zur schriftlichen Berichterstattung über die Ergebnisse an den GR, Artikel 16 Absatz 1 NPM-Reglement der Stadt Burgdorf. Beim Controlling handelt es sich um eine Führungsaufgabe des GR und der Verwaltung. Es soll sicherstellen, dass Ziele gesetzt, die Erreichung überwacht, über die Ergebnisse berichtet und wenn nötig Korrekturen eingeleitet werden. So das Zitat des AGR, Amt für Gemeinden und Raumordnung zu den Erläuterungen zur Ergebnisprüfung auf der Seite 5. Die GPK gibt daher die weitere Empfehlung an die gesamte Stadtverwaltung ab, wonach die Führungsverantwortung in den Bereichen Wirkungsziel, Leistungsziel, Volumenangabe und Controlling wahrgenommen und in den Mitarbeitergesprächen thematisiert wird. Es ist darauf zu achten, dass die Definitionen von Produktgruppen, Produkten, Leistungs- und Wirkungszielen und deren Indikatoren aktuell und aussagekräftig sind. Gerade in Bezug auf die Budgetwerte gilt es diese ambitionierter zu definieren. Ein Budgetwert von zum Beispiel 80 Prozent, der seit Jahren zu übertreffen und nicht zu erhöhen ist, nur damit dieser auch mit Sicherheit immer übertroffen wird, ist nicht wirklich ambitioniert. Interessanter wäre die Frage, weshalb man nicht 100 Prozent erreichen kann. Nur so können die entsprechenden Indikatoren auch zur internen Steuerung verwendet werden. Die GPK empfiehlt, die zum Teil weit überholten Leistungs- und Wirkungsziele sämtlicher Produktgruppen und gegebenenfalls von den Produkten systematisch zu überprüfen und wenn nötig und oder wo sinnvoll zu streichen, anzupassen oder neu zu definieren. Die GPK bedankt sich für die konstruktive Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung und die Transparenz während der Prüfung. Dennoch gibt es in einigen Bereichen Nachholbedarf, und diese Aufgabe und Umsetzung ist auf oberster Stufe anzugehen.

SRB: 2025-916 | Registratur-Nr. 1.7.1
Initiative für ein Stadtklima mit Zukunft in Burgdorf (Stadtklimainitiative) - Gegenvorschlag

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Es sind zwei Abänderungsanträge eingereicht worden, einer von der SVP-EDU-Fraktion und einer von der Mitte-Fraktion. Der SR hat die Abänderungsanträge erhalten. Zudem sind kurzfristig noch zwei Anträge zu den Antragsziffern des GR eingetroffen. Weitere Informationen dazu und zum Ablauf folgen später.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der Sommer uns wieder einmal deutlich vor Augen geführt hat, dass die Hitzebelastung in unseren Städten spürbar zugenommen hat. Fachpersonen empfehlen daher eine Begrünung, Entsiegelung und das sogenannte Schwammstadtprinzip. Im Fokus steht dabei die Lebensqualität für alle. Der GR begrüsst ausdrücklich das Ziel der Stadtklimainitiative, die Hitzebelastung in Burgdorf zu reduzieren und gleichzeitig die negativen Auswirkungen der Starkniederschläge abzufedern. Diese Grundsätze sind heute breit anerkannt und fliessen bereits jetzt in die neuen Planungen ein. Die Stadtklimainitiative wurde am 31. Oktober 2024 mit 1'477 gültigen Unterschriften, deutlich mehr als nötig, und innerhalb der gesetzlichen Frist von 12 Monaten eingereicht. Am 9. Dezember 2024 hat der GR das Zustandekommen offiziell festgestellt. Mit der heutigen Beratung im SR erfüllen wir die gesetzliche Frist von neun Monaten zur Behandlung von Initiativen hier im Parlament. Die Initiative fordert, dass jährlich 0.5 Prozent der versiegelten Fläche auf Stadtgebiet entsiegelt und begrünt wird. Dies entspricht einem klaren Willen, die Stadt soll aktiver und verbindlicher gegen die zunehmende Bodenversiegelung und deren Folgen vorgehen. Um die Forderungen der Initiative konkret einzuschätzen, muss man zuerst wissen, wie gross das Entwicklungspotenzial auf dem städtischen Grundeigentum ist. Hier hat man schweizweit Pionierarbeit geleistet. Zusammen mit der Burgdorfer Firma Digital Survey hat Burgdorf als erste Stadt der Schweiz das Entsieglungspotenzial mithilfe von hochauflösenden Orthofotografien, 3D-Mapping und künstlicher Intelligenz ermittelt. Die detaillierte Auswertung liegt in den Stadtratsunterlagen vor. Aus dieser Analyse heraus wird im Sinne von Artikel 25 Gemeindeordnung ein klarer und realistisch umsetzbarer Gegenvorschlag zur Initiative vorgeschlagen. Der wesentliche Unterschied ist, dass man nicht auf einen prozentualen Richtwert setzt, sondern auf eine konkrete Zielvorgabe. Über einen Zeitraum von 12 Jahren soll auf Stadtgebiet 21'000 Quadratmeter Fläche entsiegelt werden, was ungefähr den geforderten 0.5 Prozent pro Jahr entspricht, aber mehr Flexibilität bei der Umsetzung bietet. Das gibt den nötigen Spielraum, um Verzögerungen bei Projekten, beispielsweise durch Baubewilligungen oder durch Kreditverfahren, aufzufangen. Der Gegenvorschlag ist damit genauer, realistischer und rechtlich klarer. Wichtig zu wissen ist dabei, dass Kantons- und Privatstrassen nicht Teil dieser Zielvereinbarung sind, aber selbstverständlich sollen auch diese Akteure motiviert werden, ihren Beitrag zur Entsiegelung zu leisten. Entscheidet der SR heute die Annahme der Initiative, wird sie dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Lehnt der SR diese ab und unterstützt stattdessen den Gegenvorschlag, kommt es, sofern die Initianten ihre Initiative nicht zurückziehen, zu einer kombinierten Volksabstimmung über beide Varianten. Sollten die Initianten den Rückzug erklären, kann der Gegenvorschlag, vorbehaltlich eines Referendums, in Kraft gesetzt werden. Seitens des GR ist man überzeugt, dass man mit dem Gegenvorschlag eine tragfähige, pragmatische und wirkungsvolle Lösung hat und einen lösungsorientierten Weg vorschlägt. Ein Weg, der sowohl die klimapolitische Verantwortung gegen-

über kommenden Generationen als auch gegenüber den Menschen, die heute hier leben, wahrnimmt, als auch konkrete und messbare Ziele setzt. Natürlich wird es bei der Umsetzung Diskussionen geben und natürlich braucht es Abwägungen. Mit dem Gegenvorschlag senden wir aber ein starkes Zeichen. Burgdorf ist bereit, Verantwortung zu übernehmen und den Wandel aktiv zu gestalten, nicht aus Zwang, sondern aus Überzeugung.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass man eigentlich auch an der Stadtklimainitiative beteiligt ist. Man hat sehr viele Unterschriften gesammelt. Es war noch nie so einfach Unterschriften zu sammeln, man bekam fast keine Ablehnungen. Man konnte weitaus mehr Unterschriften in fünf Monate sammeln, als wirklich benötigt wurden. Es konnte eine sehr grosse Resonanz verzeichnet werden und daher muss man sich überhaupt nicht vor einem Volksentscheid fürchten. So viel Popularität einer Initiative hat es noch selten gegeben. Es ist ersichtlich, dass die Stadt Burgdorf gearbeitet hat und mit den Untersuchungen wirklich eine gute Arbeit geleistet hat. Es war nicht klar, wie viel die 0.5 Prozent sind, es konnte lediglich abgeschätzt werden. So liegt ein guter Vorschlag vor. Der Gegenvorschlag ist gut angekommen. Es fand eine Sitzung des Initiativkomitees statt, noch bevor die Abänderungsanträge bekannt waren. Mit dem vorliegenden Gegenvorschlag ist das Initiativkomitee bereit, die Initiative bedingt zurückzuziehen, wenn das Referendum nicht ergriffen wird oder es nicht zustande kommt. Wenn der Gegenvorschlag so genehmigt wird, kann man davon ausgehen, dass die Initiative zurückgezogen wird. Mit den diversen Abänderungsanträgen ist es jedoch unklar, weil diese noch nicht diskutiert werden konnten. Es benötigt noch einen formellen Entscheid des Initiativkomitees. Bei einem abgeänderten Vorschlag ist unklar, ob die die Initiative zurückgezogen wird. Man würde sich auch freuen, wenn das Volk etwas dazu sagen könnte, das wäre sicher auch eine gute Sache. Mit den vorliegenden Zahlen hat man gerechnet, dass das Potenzial zum Entsiegeln bei rund 40'000 m2 liegt. Man würde aber akzeptieren, wenn man 21'000 m2 vorsieht. Man will nicht das Maximum, sondern dass der Gemeinderatsentscheid mitgetragen werden kann.

Stadtrat Kämpf Jürg, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass man nicht im Detail auf die Initiative eingeht, weil man eine andere Sicht oder einen anderen Ansatz dazu hat. Man wird später den Abänderungsantrag der Mitte besprechen. Die FDP-Fraktion stört sich am Zweck der Initiative, weil es eine falsche Sicherheit suggeriert, wenn man sagt, dass die Stadt Burgdorf für den Schutz der Bevölkerung vor Hitzetagen verantwortlich ist. Aus Sicht der FDP-Fraktion ist es weder ein Staat noch ein Kanton, noch sind es die Kommunen, die verantwortlich sind oder die es richten sollen. Es bleibt immer noch die Eigenverantwortung jedes einzelnen Bürgers, sich gegen Hitzetage oder sogenannte Tropennächte entsprechend zu verhalten und zu schützen. Die Tageszeitung Bund hat am 26. August 2025 einen Bericht veröffentlicht, und zwar aufgrund der Messwerte, die es in den Städten im Kanton Bern gibt. Fakt ist, dass man in diesem Jahr in Burgdorf eine Tropennacht zu verzeichnen hatte. In Bern und Biel wurden sechs Tropennächte verzeichnet. Dies während einer zehntägigen Hochsommerphase im August, was auch der Sommer 2025 schon war. Das bedeutet nicht, dass es in Zukunft zunehmende Tage geben wird. Die Tageszeitung hat sich dazu hinreissen lassen, von eindrücklich hohen Zahlen zu sprechen. Die gleiche Tageszeitung bedient sich nachher noch für die Hitzetage, um beim Vokabular von lautlosen Killern zu sprechen. Das ist genau eines dieser Beispiele, wie bei vielen anderen Themen auch, wie grosse Teile der Medien reisserischen Alarmismus und Angstmacherei verbreiten. Das ist Journalismus, welcher die Gesellschaft in ständige Angst versetzt, dass dies gefährlich und völlig verantwortungslos ist, und das hat wirklich verheerende Folgen. Das hat mit einer Sensibilisierung der Bevölkerung nichts zu tun. Es schadet der Gesellschaft gesundheitlich wesentlich mehr als der bisherige Klimawandel. Angst sorgt für Stress. Stress ist der Hauptfaktor für alle die chronischen Entzündungen, welche die Gesellschaft zunehmend leider erleiden muss, die krank machen und wirklich zu vielen Todesfällen führt. Was auch dazu gehört, ist der grosse Mangel an unserem lebensnotwendigen Sonnenhormon, nämlich an Vitamin D. Die Sonne ist unser Leben. Vielleicht

wäre dies für die Presse einmal ein seriöser Bericht wert und weniger aus jedem Wetter ein Klimaunwetter zu machen. Die Initiative sorgt aus Sicht der FDP-Fraktion für unnötige Reglementarien und Verordnungen, welche die sinnvollen und pragmatischen Umsetzungen jeglicher Art in der Regel nicht unterstützen, sondern eher behindern. Der GR hat es sehr plausibel und sehr detailliert ausgeführt, dass die Stadt Burgdorf dem Anliegen der Initianten bereits seit Jahren die notwendige Aufmerksamkeit schenkt und entsprechend auch alles umsetzt. Das unterstützt die FDP-Fraktion auch. Jede bauliche Strassenveränderung oder jegliche Neubauten werden bereits heute durch mögliche Entsiegelung, das Schaffen von Grünflächen sowie das Versickerungspotenzial von Regenwasser überprüft und angeordnet. Dem Anliegen der Initianten wird auch ohne neues Reglement bereits heute mehr als Genüge getan. Man will sich doch endlich von mehr Staat, von mehr Gesetzgebung und von zusätzlichem Bürokratismus befreien. Das macht uns nicht freier, sondern lähmt unser Handeln, unsere Eigenverantwortung und schlussendlich auch unsere Innovationskraft. Die Innovationskraft ist das höchste Gut in der Schweiz, und zwar auch bei den Themen der Ökologie. Die FDP-Fraktion wird deshalb weder die Initiative noch den ursprünglichen Gegenvorschlag unterstützen.

Stadtrat Thompson Ian, namens der GLP-Fraktion, dankt dem GR für die Ausarbeitung des Gegenvorschlages. Für die GLP-Fraktion ist der Gegenvorschlag gut ausgearbeitet und spiegelt nach der Analyse die heutigen Verhältnisse. Die Initiative wird wegen der verlangten 0.5 Prozent pro Jahr als zu starr betrachtet. Stadtrat Hedinger Christian hat bereits mitgeteilt, dass die zirka 70'000 m2 Fläche hoch ist in Betracht dessen, was überhaupt umgesetzt werden könnte. Deshalb wird die Initiative in ihrer Originalform von der GLP-Fraktion nicht unterstützt. Es ist aber wichtig, dass bei allen künftigen Neubauprojekten, wie sie Stadtrat Kämpf Jürg erwähnt hat, sowie bei Sanierungen und der Gestaltung der Strasse und den öffentlichen Plätzen die Anliegen der Initiative berücksichtigt werden. Die Abänderungsanträge der Mitte-Fraktion sowie der SVP-EDU-Fraktion sind pragmatisch. Die GLP-Fraktion unterstützt nicht alle davon. Bei der entsprechenden Abstimmung wird man diese entweder unterstützen oder nicht unterstützen.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, begrüsst, dass Pionierarbeit geleistet wurde, um die Flächen der Stadt Burgdorf detailliert zu erfassen. So lässt sich das Potenzial verschiedener Klimamassnahmen abschätzen und auch grafisch darstellen. Die Gesamtfläche der Einwohnergemeinde beträgt 15.56 km2. Das Grundeigentum der Stadt Burgdorf beträgt 0.94 km2. Das theoretische Entsieglungspotenzial des städtischen Grundeigentums beträgt gemäss Bericht bei Strassen, Plätzen, Trottoirs und Parkplätzen rund 40'000 m2. Die Initiative fordert in 12 Jahren 21'000 m2. Die Stadt Burgdorf ist umgeben von Wald- und Landwirtschaftsflächen, die 65 Prozent Flächenanteil ausmachen. Dazu kommen rund 2'000 Bäume im Stadtgebiet, welche die Stadt pflegt. Weiter berücksichtigt die Stadt Burgdorf bei Infrastruktur und Bauprojekten seit Jahren bereits den Klimaschutz und entsiegelt bei Neugestaltungen schon heute alle möglichen Flächen. Unbeantwortet bleibt die Frage, welchen Einfluss die Massnahmen der Initiative auf die Klimaerwärmung haben. Die Antwort lässt sich relativ einfach abschätzen. Die Umsetzung der Initiative würde aufgrund des geringen Flächenanteils von nur 0.1 Prozent keinen merklichen Beitrag zum Klimaschutz in Burgdorf leisten. Die Umsetzung erzeugt unverhältnismässige Bürokratie und hohe Zusatzkosten, um an verschiedensten Stellen eine Fläche vorzeitig zu entsiegeln. Ein Reglement schränkt den Handlungsspielraum der Verwaltung und der Behörden unnötig ein. Zudem würde sich durch die geplante Verdichtung des Siedlungsraums in Zukunft das Vorhaben gleich wieder in Luft auflösen. Nicht erwähnt sind die negativen Auswirkungen auf die Sicherheit und andere Beeinträchtigungen. Eine schmalere Strasse und das Trottoir würden das Kreuzen und Überholen erschweren. Weitere Parkplätze würden wohl wegfallen. Die Initiative macht aus einer Mücke einen Elefanten und bringt keinen messbaren Nutzen. Die Mitte-Fraktion hat zum Artikel 1 einen Änderungsantrag eingereicht. Ein Reglement ist kein Werbeprospekt, sondern ein Gesetz. Die Stadt Burgdorf kann die Bevölkerung nicht vollumfänglich von Naturereignissen

schützen, sondern nur die Auswirkungen der Klimaerwärmung mit verhältnismässigen Massnahmen reduzieren. Die Mitte beantragt deshalb die Änderung von Artikel 1, um die Stadt vor Klimaklagen zu bewahren. Die Mitte-Fraktion wird dem abgeänderten Gegenvorschlag SVP und der Mitte zustimmen.

Änderungsantrag Die Mitte
Art. 1
Burgdorf sorgt mit geeigneten Massnahmen dafür, dass die Bevölkerung im Strassenraum und auf öffentlichen Plätzen besser vor den Auswirkungen der Klimaerwärmung geschützt ist.

Stadtrat Dür Hermann, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass Boden- und Umweltschutzanliegen grundsätzlich etwas ausserordentlich Wichtiges ist und steht an einem hohen Ort. Das ist zum Teil berufsbedingt. Man versteht sich als sehr bodenständige Partei beziehungsweise Fraktion. Hier geht es vor allem um Boden, und Boden kann man gewissermassen nicht nur metaphorisch, sondern eben hier wortwörtlich verstehen. Man begrüsst es in dem Sinn, dass die Stadt Burgdorf Massnahmen treffen will und bei starkem Niederschlag mit negativen Auswirkungen entsprechende Schutzmassnahmen bieten will, wie auch Massnahmen treffen will, um die Auswirkungen der Wärmebelastung reduzieren zu können. Hingegen ist es ausserordentlich wichtig, dass, wenn man so etwas macht, pragmatisch mit einer gewissen Flexibilität vorgeht und es nicht planwirtschaftlich vollzogen wird. Man hat den Eindruck, dass der GR den Puck erkannt, dahinter gegangen ist und gewisse Anpassungen gemacht hat. Man ist der Meinung, dass es noch ein paar weitere Dinge drin hat, bei denen es wichtig wäre, dass sie angepasst würden. Zum Gegenvorschlag, der im Grundsatz die Sympathie der SVP-EDU-Fraktion hat, jedoch mit ein paar Ausnahmen. Dazu wird sich Stadtrat von Allmen Jonas äussern. Die SVP-EDU-Fraktion bittet den SR dem Abänderungsantrag zum Gegenvorschlag zuzustimmen.

Abänderungsantrag SVP-EDU-Fraktion
Art. 2 Abs. c.
Sie wandelt im erforderlichen Umfang versiegelte Flächen in Flächen für Bäume und Grünflächen um, insbesondere in den Strassenräumen und auf öffentlichen Plätzen, **soweit dies möglich und angemessen ist**.

Art. 3 Abs. 1
Nach Inkrafttreten des Reglements **soll** nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt **sein**. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Art. 3 Abs. 2
Ersatzlos streichen

Art. 3 Abs. 3
Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind dabei je **vorzugsweise** in ihrem Bestand zu erhalten.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass man nicht die Einführung eines weiteren Reglements unterstützt. Man knüpft an das Votum von Stadtrat Kämpf Jürg an. Es kann nicht sein, dass man weitere Reglemente schafft, bei denen wir uns selber Pflichten auferlegen für etwas, an dem die Stadt Burgdorf bereits arbeitet, nämlich die Schwammstadt. Es läuft also schon

etwas. Mit dem eingereichten Abänderungsantrag will man versuchen, eine gewisse Schadensbegrenzung zu machen. Die Begründungen sind rational und nicht irgendwie ideologiegeprägt, weshalb man dort etwas abändern will. Was aber vor allem stört, vielleicht als Ergänzung, ist, wie es Holzer Rudolf, Leiter Baudirektion, an der Informationsveranstaltung gesagt hat, alles hat ein Preisschild. Bei der Stadtklimainitiative wissen wir nicht, was für ein Preis auf dem Schild steht. Bei der Stadtklimainitiative sind 0.5 Prozent vorgesehen, was wohl einfach copy paste der Vorlage in den anderen Städte in der Schweiz ist, bei denen das Anliegen auch eingereicht wurde. Der GR hat dies auf 21'000 m2 abgeändert. Dazu hat die SVP-EDU-Fraktion einen Abänderungsantrag eingereicht. Zudem soll aber auch die finanzielle Lage von Burgdorf berücksichtigt werden. Deshalb ist der Art. 3 Abs. 1 dahingehend zu ergänzen, dass die Entsiegelung wirtschaftlich vertretbar und städtebaulich sowie ökologisch sinnvoll sein soll. Diesbezüglich stellt Stadtrat von Allmen Jonas einen eigenen Abänderungsantrag zu Art. 3 Abs. 1. Es wird zudem beantragt, dass man über die Punkte einzeln abstimmt.

Abänderungsantrag von Allmen Jonas
Art. 3 Abs. 1
Nach Inkrafttreten des Reglements **soll** nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt **sein, wenn dies wirtschaftlich vertretbar und städtebaulich sowie ökologisch sinnvoll ist**. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass einzeln abgestimmt wird.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man sowohl die Initiative als auch den Gegenvorschlag unterstützt. Der Gegenvorschlag ist gut gelungen, er ist pragmatisch und nimmt das Anliegen der Initiative auf. Es ist positiv hervorzuheben, wie genau die Stadt Burgdorf ihr Grundeigentum und das Potenzial für eine mögliche Entsieglung analysiert hat. Mit dem Gegenvorschlag wird nur dort entsiegelt, wo es auch zweckmässig ist. Auch die weiteren Änderungen des Reglements, welche der GR vorgenommen hat, sind zu begrüssen, wie zum Beispiel die Sensibilisierung der Bevölkerung. Mit der Umsetzung dieses Gegenvorschlages können viele positive Veränderungen in der Stadt Burgdorf entstehen, welche für Mensch und Natur spürbar sein werden. Für die Frage, wie entsiegelt werden soll, möchte man noch auf das sogenannte Microforesting aufmerksam machen. Das ist ein Wald, der auf einem kleinen Gebiet mit verschiedenen einheimischen Baumarten angepflanzt wird. Dadurch soll sich ein kleines Ökosystem entwickeln, das die Umgebung abkühlt und auch Schatten spendet. Dass Handlungsbedarf besteht, sollte eigentlich unbestritten sein, auch wenn ein paar Fraktionsvoten leider darauf hindeuten, dass es noch nicht bei allen angekommen ist. Obwohl man in diesem Jahr im Juli in unseren Breitengraden sogar einen recht verregneten Juli hatte, war der Sommer 2025 insgesamt weltweit der drittwärmste seit Messbeginn. Die SP-Fraktion dankt, dass der SR die Initiative oder zumindest den Gegenvorschlag unterstützt. Bezüglich der Abänderungsanträge konnte sich die SP-Fraktion noch keine Fraktionsmeinung bilden und würden nach den Voten gerne eine Pause verlangen.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass man von Anfang im Initiativkomitee war und auch Unterschriften gesammelt hat. Die Haltung nach dem Treffen des Initiativkomitees ist, dass man an der Initiative festhält, aber auch gleichzeitig den Gegenvorschlag des GR annehmen wird. Mit den diversen vorliegenden Abänderungsanträgen ist man zeitlich nicht mehr nachgekommen. Es ist erfreulich, dass sich verschiedene Parteien konkret mit der Stadtklimainitiative auseinandergesetzt haben und konstruktive Anpassungsvorschläge, zum Teil sehr im Detail, gemacht haben. Stadtpräsident Berger Stefan hat im letzten Stadtmagazin gesagt, dass die Erreichung der Klimaziele

von uns als Gesellschaft einiges an Mut zur Veränderung abverlangen wird. Es geht nicht um eine ideologische Diskussion. Es geht nicht darum, wie viele Hitzetage man im letzten Sommer hatte. Wir alle stellen fest, dass es einfach manchmal enorm heiss ist und man dann froh ist, wenn wir entweder im Schatten bleiben oder in den Schatten gehen können. Wenn wir unterwegs sind, kann man den Unterschied auch wahrnehmen, wo die Hitze abstrahlt. Wenn Stadträtin Liechti-Lanz Esther nach einem Spätdienst durch das Schlossmattquartier nach Hause fährt, ist es um Mitternacht noch angenehm war, sobald man aber über das Feld fährt, wo rechts und links Wiesen sind, ist die Temperatur um zwei bis drei Grad kühler. Das ist eine natürliche Realität. Der Belag hat im letzten Jahrzehnt in der Schweiz zugenommen. Das ist auch eine Frage des Wohlstandes, weil wir es uns leisten können und andere Veränderungen in der Gesellschaft haben zugenommen. Dort wo es Sinn macht und wo es überhaupt nicht nötig ist, setzt es an. Die EVP respektiert und würdigt, dass sich die Stadt Burgdorf intensiv damit auseinandergesetzt und geschaut hat, wo man auf dem Stadtgebiet Flächen entsiegeln kann. Ob es Kies, Pflanzen oder Bäume beinhaltet, ist den gestalterischen Möglichkeiten und dem gesunden Menschenverstand überlassen. Letzte Woche war Stadträtin Liechti-Lanz Esther in Bern und wieder einmal auf der Bundesterrasse. Es ist erstaunlich, wie man dort entsiegelt hat. Auf der berühmten Bundesterrasse gibt es sogar einen Kiesbelag, der sehr angenehm und auch schön zum Anschauen ist. Investieren wir also in das Wohlbefinden und in die Prävention. Die EVP dankt für die Annahme des Gegenvorschlages und der Initiative sowie für die fein abgestimmten Impulse der anderen Parteien. Der Werdegang ist erfreulich. Aus einer Idee wurde die Stadtklimainitiative formuliert und Unterschriften wurden gesammelt. Der politische Prozess ist nun so, dass wir im SR darüber diskutieren können. Es ist erfreulich, dass wir einen solchen Weg miteinander gehen können. Das ist Demokratie pur.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass betreffend Finanzen gesagt wurde, dass es grosse Kosten nach sich ziehen wird. Das ist gar nicht so sicher. Burgdorf macht im Agglomerationsprogramm mit. Das ist ein Programm, das vom Bund mit verschiedenen Subventionsansätzen versehen wird. Bis jetzt hat Burgdorf dort nicht den maximalen Subventionsansatz herausholen können. Wenn die Stadtklimainitiative umgesetzt wird, gibt es mit grosser Wahrscheinlichkeit einen höheren Subventionsansatz auf alle Agglomerationsprojekte. Das bedeute unter dem Strich, dass es möglich ist, dass die Initiative weniger kostet und man noch Geld zurückerhält. Es ist möglich, muss aber nicht. Vielleicht weiss Stadtpräsident Berger Stefan noch etwas Genaueres dazu. Nach HRM2 werden Strassen auf 40 Jahre abgeschrieben. Der SR hat bereits gehört, dass der Zustand der Burgdorfer Strassen schlechter ist als eigentlich vorgegeben. Man hat viel Strassensanierungsbedarf und Rückstände. Dies kann man nützen und schlussendlich Synergien nutzen, damit mit einer Sanierung die Strasse entsiegelt werden kann. Dies auch im Zusammenhang mit der Fernwärme. Die Angst vor Mehrkosten ist unbegründet.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, informiert zu der subjektiven Wahrnehmung der Hitzetage in diesem Jahr. Es stimmt, wir haben im Moment im Durchschnitt vielleicht einen Tag im Mittelland. Es geht aber darum, wenn es im Durchschnitt ein Grad wärmer wird, gibt es doppelt so viel. Das sind wissenschaftliche Sachen und kann gegoogelt werden. Es wird erwartet, dass es bis Mitte des Jahrhunderts bis zu 20 Hitzetage gibt.

Stadtrat von Allmen Jonas, namens der SVP-EDU-Fraktion, informiert, wenn er es richtig verstanden hat betreffend Finanzen, dass man es eigentlich von Anfang an hätte hineinnehmen können, weil man sich Überlegungen zur Wirtschaftlichkeit gemacht hat. Auch wenn es vom Bund subventioniert ist, der Bund hat sein Geld auch von irgendwoher, und das Geld kommt am Ende vom Bürger, auch wenn es nicht aus der Burgdorfer Kasse ist.

Stadtrat Hebeisen Pascal, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass gesagt wurde, wie gesund die Sonne ist. Er würde sonst gerne alle, die den Eindruck haben, dass es gesund ist, einladen mit ihm im nächsten Jahr bei über 30 Grad auf der Baustelle zu arbeiten.

Stadtratspräsident Schärf Philipp informiert über das Abstimmungsprozedere. Zuerst erfolgt die einzelne Abstimmung über die eingereichten Abänderungsanträge. Danach erfolgt die Abstimmung über den konsolidierten Gegenvorschlag. Zuerst erfolgt die Abstimmung über den Gegenvorschlag und danach über die Initiative. Damit dies möglich ist, wird der SR zuerst über die Ziffer 2 des gemeinderätlichen Antrages abstimmen, bevor über die Ziffer 1 abgestimmt wird. Der Vorsitzende wird dazu einen Ordnungsantrag stellen, damit dies möglich ist. Wenn der SR dies genehmigt hat, wird der Gegenvorschlag bereinigt. Der SR stimmt dann über den konsolidierten Gegenvorschlag, die Ziffer 2 des Antrages des GR, ab. Im Anschluss wird über die Ziffer 1 über die Stadtklimainitiative abgestimmt. Zu den Ziffern 3 und 5 hat die GPK noch Änderungsanträge. Wenn der Wortlaut der Ziffern 3 und 5 bereinigt ist, erfolgt die einzelne Abstimmung über die Ziffern 3, 4 und 5 des Antrages des GR.

Stadtrat Dür Hermann teilt mit, dass ihm das Abstimmungsprozedere nicht ganz klar ist.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass der SR über die Ziffern 1 bis 5 des Antrages des GR abstimmen muss. Das Wichtigste dabei ist die Ziffer 1 mit der Klimainitiative und die Ziffer 2 mit dem Gegenvorschlag. Da der Gegenvorschlag eine breite Zustimmung geniesst und dazu noch diverse Abänderungsanträge eingereicht wurden, muss zuerst der Gegenvorschlag bereinigt werden. In einem ersten Schritt wird über die eingereichten Abänderungsanträge abgestimmt. Wenn der Gegenvorschlag bereinigt ist, erfolgt die Abstimmung über den konsolidierten Gegenvorschlag. Dann erfolgt die Abstimmung über die Klimainitiative. Damit diese Reihenfolge möglich ist, muss zuerst über die Ziffer 2 und danach über die Ziffer 1 abgestimmt werden. Deshalb der Ordnungsantrag des Vorsitzenden. Wenn über die Ziffern 1 und 2 abgestimmt wurde, erfolgt die Abstimmung über die Ziffern 3 bis 5. Bei den Ziffern 3 und 5 liegt ein Änderungsantrag der GPK vor. Diese werden zuerst bereinigt, dann erfolgt die einzelne Abstimmung der Ziffern 3 bis 5.

Änderungsantrag GPK
Ziffer 3
Die Stadtklimainitiative unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.

Ziffer 5
Der Gemeinderat wird mit der Ausarbeitung einer Abstimmungsbotschaft für die Stimmberechtigten beauftragt.

Stadtrat Greisler Yves, namens der GPK, teilt mit, dass bei Ziffer 3 das Wort Referendum durch Volksabstimmung ersetzt wird. Es ist gemäss Stadtschreiber Ghioldi Stefan eigentlich das Gleiche, aber im Stadtratsreglement spricht man der obligatorischen Volksabstimmung und nicht vom obligatorischen Referendum. Bei Ziffer 5 wird der GR mit einer Abstimmungsbotschaft beauftragt, sowohl, wenn die Stadtklimainitiative nicht zurückgezogen wird und auch, wenn für den Gegenvorschlag eine entsprechende Abstimmungsbotschaft erstellt werden müsste.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass vor der Abstimmung die Pause erfolgt.

PAUSE

Abstimmung

Art. 1
Gegenvorschlag
Die Stadt Burgdorf schützt ihre Bevölkerung vor den negativen Auswirkungen der Klimaerwärmung, wie insbesondere gegen Hitzetage, Tropennächte und Starkniederschläge.

Antrag Die Mitte
Burgdorf sorgt mit geeigneten Massnahmen dafür, dass die Bevölkerung im Strassenraum und auf öffentlichen Plätzen besser vor den Auswirkungen der Klimaerwärmung geschützt ist.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt grossmehrheitlich den Antrag Die Mitte.

Art. 2 Abs. c.
Gegenvorschlag: 22 Stimmen
Sie wandelt im erforderlichen Umfang versiegelte Flächen in Flächen für Bäume und Grünflächen um, insbesondere in den Strassenräumen und auf öffentlichen Plätzen.

Antrag SVP-EDU: 17 Stimmen
Sie wandelt im erforderlichen Umfang versiegelte Flächen in Flächen für Bäume und Grünflächen um, insbesondere in den Strassenräumen und auf öffentlichen Plätzen, **soweit dies möglich und angemessen ist**.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt mit 22 Stimmen den Gegenvorschlag.

Art. 3 Abs. 1
Gegenvorschlag
Nach Inkrafttreten des Reglements ist nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Antrag SVP-EDU
Nach Inkrafttreten des Reglements **soll** nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt **sein**. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Antrag von Allmen Jonas
Nach Inkrafttreten des Reglements **soll** nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt **sein, wenn dies wirtschaftlich vertretbar und städtebaulich sowie ökologisch sinnvoll ist**. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Beschluss
Der Antrag SVP-EDU hat am wenigsten Stimmen erhalten und fällt weg.

Art. 3 Abs. 1
Gegenvorschlag: 19 Stimmen
Nach Inkrafttreten des Reglements ist nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Antrag von Allmen Jonas: 20 Stimmen
Nach Inkrafttreten des Reglements **soll** nach zwölf Jahren eine Fläche von mindestens 21'000 m2 der entsiegelbaren Flächen entsiegelt **sein, wenn dies wirtschaftlich vertretbar und städtebaulich sowie ökologisch sinnvoll ist**. Die jährliche Summe der entsiegelten Flächen kann dabei von den Zielwerten abweichen.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt mit 20 Stimmen den Antrag von Allmen Jonas.

Art. 3 Abs. 2
Gegenvorschlag: 22 Stimmen
Die Entsiegelungen ohne Begrünung werden hälftig angerechnet.

Antrag SVP-EDU: 17 Stimmen
Ersatzlos streichen

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt mit 22 Stimmen den Gegenvorschlag.

Art. 3 Abs. 3
Gegenvorschlag: 18 Stimmen
Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind dabei je mindestens in ihrem Bestand zu erhalten.

Antrag SVP-EDU: 21 Stimmen
Flächen für den Fussverkehr, den Veloverkehr sowie den öffentlichen Verkehr sind dabei je **vorzugsweise** in ihrem Bestand zu erhalten.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt mit 21 Stimmen den Antrag SVP-EDU.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass zu Artikel 4 kein Abänderungsantrag vorliegt und somit ein konsolidierter Gegenvorschlag vorliegt.

Stadtrat Dür Hermann beantragt an dieser Stelle eine Pause.

PAUSE

Abstimmung
Ordnungsantrag Vorsitzender
Ziffer 2 vor Ziffer 1 abstimmen

Beschluss
Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Ordnungsantrag zu.

Ziffer 2
Der Stadtrat beschliesst das Reglement zur Gestaltung des Strassenraums und von öffentlichen Plätzen im Sinne eines Gegenvorschlags (Gegenvorschlag Gemeinderat) zur Stadtklimainitiative.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Ziffer 2.

Ziffer 1
Der Stadtrat lehnt die Initiative für ein Stadtklima mit Zukunft in Burgdorf (Stadtklimainitiative) ab.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt mit 21 zu 18 Stimmen die Ziffer 1.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass der GR den Anträgen der GPK zustimmt und deshalb die Anträge des GR zurückgezogen werden.

Abstimmung
Ziffer 3
Die Stadtklimainitiative unterliegt der obligatorischen Volksabstimmung.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Ziffer 3.

Ziffer 5
Der Gemeinderat wird mit der Ausarbeitung einer Abstimmungsbotschaft für die Stimmberechtigten beauftragt.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt einstimmig die Ziffer 5.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, informiert, dass der SR die Initiative nicht angenommen hat und klar dem Gegenvorschlag den Vorzug gibt. Deshalb ist die Ziffer 4 des Antrages des GR hinfällig.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass dies korrekt ist und der SR nicht über die Ziffer 4 abstimmen muss. Der SR präferiert den Gegenvorschlag und hat diesen angenommen. Die Initiative hat der SR abgelehnt.

SRB: 2025-917 | Registratur-Nr. 1.7.1
Auftrag Fraktionen der SVP/EDU, SP, die Mitte, FDP, GLP und EVP sowie Jonas Lauwiner betreffend Ausbau Sportinfrastruktur in Burgdorf

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Ritter Michael teilt mit, dass der GR empfiehlt, den Auftrag, der von einer grossen Anzahl Fraktionen und Ratsmitgliedern eingereicht wurde, ungeschmälert und unverändert anzunehmen. Bei dieser Ausgangslage hätte man eigentlich auf ein Votum verzichten können. Der Auftrag ist aber ein Teil eines der grossen Vorhaben, das die Stadt Burgdorf im Moment betrifft und zwar die Schulraumentwicklung. Der vorliegende Auftrag betrifft den Bereich Sportpolitik, zu dem gar nicht so häufig Vorstösse eingereicht werden. Mehr oder bessere Turnhallen gibt es in Burgdorf aus städtischer Sicht nur in Zusammenhang mit Schulraum. Die Nutzung durch die städtischen Sportvereine ist zweite Priorität. Es ist wichtig zu wissen, dass dies nicht nur die Sicht des GR ist, sondern auch die Sicht der Sportkommission, die eine Fachkommission ist und sich mit Sportfragen auseinandersetzt. Die Sportkommission ist nicht politisch zusammengesetzt. Es sind zwei Ratsmitglieder in der Sportkommission tätig. Die Sportvereine akzeptieren die entsprechende Benützung der Sporthallen. Es sind insbesondere Sportvereine, die Ballsportarten oder ähnliches betreiben. Es ist wichtig zu wissen, dass alles von der Schulraumentwicklung abhängt. Der Punkt 3 des Auftrages wird auch zu Annahme empfohlen. Es geht dabei um die Sanierung des Turnhallenbodens in der Turnhalle Lindenfeld. Der GR kann diesem Punkt zustimmen, es hat aber den Charakter einer Richtlinie. Im Auftrag wird Bezug genommen auf die Legislaturperiode und diese obliegt dem GR. In der Legislaturplanung 2025 bis 2028, die vor kurzem öffentlich gemacht wurde, steht in der Massnahme A 5.4.1 "Genügend und rasch zeitgemässe Schulbauten, Turnhallen, Schulräume und Tagesschulen gemäss Schulraumentwicklung bauen". Diese Massnahme ist in der Interpretation des GR eine Untermassnahme. Trotz der Bemerkung ist es wichtig, dass die Forderung in Punkt 3 auch zur Annahme empfohlen wird. Das Thema wird in der Schulraumentwicklung behandelt. Der GR empfiehlt dem SR, den Auftrag zu überweisen.

Stadtrat Käsermann Fabian, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man selbstverständlich hinter einer guten und funktionierenden Infrastruktur steht, dazu gehört natürlich auch der Turnraum für die Schulen und der Sportraum für den Breitensport. Gemeinderat Ritter Michael hat es bereits gesagt. Es geht dabei nicht nur um Neubauten, sondern auch um den sorgfältigen Unterhalt von bestehenden Anlagen. Die Lindenfeldhalle ist ein Paradebeispiel dafür, wie dringend dieser Unterhalt ist. Vor den Sommerferien war die Halle in einem Zustand, hart an der Grenze zur Unbrauchbarkeit gewesen. Ein Dank an dieser Stelle für die Ausbesserung der Löcher und damit die Beseitigung von Unfallgefahren, das war wichtig und überfällig gewesen. Es wird noch ein zusätzlicher Punkt eingebracht, der so nicht im Antrag steht, aber aus Sicht der SP-Fraktion wichtig ist. Es braucht endlich die Einführung oder Wie-

dereinführung eines digitalen Reservationstools für die Hallenmiete. Ein System, das es erlaubt, flexibel zu buchen, transparent zu sehen, wer wann die Halle nutzt, und damit den direkten Austausch zwischen Mieterinnen und Mietern über Anfangs- und Endzeiten möglich macht. Das Ziel ist klar. Die Hallenmiete soll einfacher, flexibler und transparenter werden. Das wäre ein kleiner Schritt mit grosser Wirkung für die Organisation des städtischen Sportbetriebs.

Abstimmung
Annahme des Auftrages.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt einstimmig dem Antrag zu.

SRB: 2025-918 | Registratur-Nr. 1.7.1
Auftrag Grüne Partei Burgdorf betreffend Planung ökologische Infrastruktur

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK und des GR werden keine Bemerkungen gemacht.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass es um einen technischen Auftrag geht. Die ökologische Infrastruktur ist eigentlich etwas Ähnliches wie eine Autobahn oder ein Fussweg. Es ist gleichwohl eine Infrastruktur, die Lebewesen brauchen und deshalb hat Stadtrat Hedinger Christian den Auftrag im Namen der Grüne-Fraktion eingereicht. Er hat beruflich damit zu tun. Die Antwort des GR ist sehr gut und man ist gewillt, die kantonale Planung auch auf Stadtebene umzusetzen und zu verdichten sowie im Stadtentwicklungskonzept entsprechend umzusetzen. Stadtrat Hedinger Christian möchte darauf hinweisen, dass es nicht so ist, dass man nicht weiss, was kommt und was man machen kann. Es gibt im Kanton Bern zahlreiche Gemeinden, die bereits die ökologische Infrastruktur auf Gemeindeebene erhoben und auch eingebaut haben. Die Abteilung Naturförderung des Kantons Bern, die Fachstelle Naturschutz, ist auch gewillt, die Gemeinden und Städte zu beraten. Burgdorf soll diese Beratung doch in Anspruch nehmen.

Stadtrat von Känel Ulrich, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass man sich mit dem Auftrag ein wenig schwergetan hat, aber man zustimmen wird, weil man fast nicht anders kann. Es ist ein Auftrag, bei dem man manchmal das Gefühl hat, er sei überflüssig und fordere etwas, das man als Selbstverständlichkeit anschaut und in der Stadt Burgdorf bereits verankert ist. Der SR hat den Klimanotstand ausgerufen und die Stadt Burgdorf hat zahlreiche Anstrengungen unternommen, um in Richtung Ökologie zu gehen. Ökologische Infrastruktur ist nicht neu und man macht bereits etwas. Solche Aufträge gab es in der Vergangenheit bereits mehrere. Manchmal hat man das Gefühl man kann Ja oder Nein sagen, denn die Stadt Burgdorf ist sowieso dran. Man hat Vertrauen in den GR, dass er auf dieser Schiene bleibt, auf der der SR den Klimanotstand ausgerufen hat. Die GLP-Fraktion wird trotz gewisser Vorbehalte innerhalb der Partei dem Auftrag zustimmen.

Stadtrat Hebeisen Pascal, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass man es wichtig findet, dass auch Lebensraum für jene geschaffen wird, die jahrzehntelang für unseren Lebensraum weichen mussten. Stadtrat Hebeisen Pascal findet aber persönlich, dass man eventuell auch einmal in Erwägung ziehen sollte, nicht nur einheimische Gehölze zu setzen, sondern sogenannte Klimabäume zu verwenden, die jetzt schon unserem zukünftigen Klima, das durch den Klimawandel droht, diesen Widrigkeiten standhalten können.

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass die Annahme des Auftrages verfrüht ist. Im Antrag steht, dass die Fachplanung ökologische Infrastruktur des Kantons Bern vom GR mit Interesse erwartet wird. Noch ist nicht bekannt, was diese Fachplanung für die Gemeinde heisst. Die Gemeinde sieht aber eine grosse Chance. Man ist nicht gegen die kantonale Planung der Ökologischen Infrastruktur, aber man möchte trotzdem zuerst gerne sehen und auch die Auswirkungen auf die Gemeinde abwarten. Aus diesem Grund wird die FDP-Fraktion den Antrag des GR ablehnen.

Stadträtin Lüthi-Kohler Barbara, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass eigentlich schon fast alles gesagt wurde. Das Votum von Stadträtin Fankhauser Claudia wird unterstützt. Die Fachplanung Ökologische Infrastruktur ist nichts Neues, es sind bestehende Instrumente und Programme, die im Rahmen dieser ökologischen Infrastruktur koordiniert werden und wo nötig ergänzt. Das kann nachgelesen werden auf der Website des WEU. Wer sich die Mühe gemacht hat, kann dort nachlesen, dass die ökologische Infrastruktur behördenverbindlich ist. Das heisst, die Gemeinden sind so oder so verpflichtet, diese in die kommunale Planung zu integrieren, also in die Richtpläne und Nutzungsplänen einzuarbeiten. Der GR sagt zwar Ja, aber es ist noch gar nicht klar, was es alles braucht. Deshalb wird die SVP-EDU-Fraktion den Auftrag ablehnen. Man ist nicht gegen die ökologische Infrastruktur. Man steht nicht dahinter, jetzt Ja zu sagen, bei dem die Fachplanung noch nicht abgeschlossen ist.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass aufgrund der gemachten Voten und gerade noch mit dem Bezug zum Medizinischen, ist die Argumentation einleuchtend. Kurzfristig entscheidet sich die EVP entgegen dem Vorentscheid, dass man den Auftrag unterstützt, zur Stimmfreigabe.

Abstimmung
Annahme des Auftrages.

Beschluss
Der Stadtrat genehmigt mit 21 Ja und 16 Nein Stimmen bei 2 Enthaltungen den Antrag.

SRB: 2025-919 | Registratur-Nr. 1.7.1
Auftrag Grüne Burgdorf, SP Burgdorf, EVP Burgdorf betreffend Aufbau Jugendparlament

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Seitens der GPK werden keine Bemerkungen gemacht.

Gemeinderat Ritter Michael teilt mit, dass der GR beim vorliegenden Auftrag vorschlägt, den Auftragstext abzuändern und diesen anzunehmen. Politisch könnte man sagen, das es eine Ja-Aber-Reaktion auf den Auftrag ist. Der GR betont ausdrücklich, dass man dem Anliegen des Auftrages positiv gegenübersteht, was auch in der Vorlage zu lesen ist. Es geht hier um die Partizipation von Jugendlichen. Die häufige Übersetzung des Fremdwortes ist Mitbestimmung, sie ist nicht ganz unproblematisch, etwas besser wäre wahrscheinlich Mitwirkung. Man muss im Bereich der politischen Rechte vorausschicken, dass beim Stimmrecht und Wahlrecht die bernischen Gemeinden keine Kompetenz haben, dies auf Jugendliche auszuweiten. Wenn man das allenfalls ändern will, muss man in einem anderen Gremium politisieren, bisher gab es dort aber keine Mehrheiten dafür. Das bedeutet, dass die Partizipationsmöglichkeiten immer unter der Ebene des politischen Rechts liegen. Die Gemeinden haben eine sehr grosse Kompetenz und eine grosse Freiheit, was sie dort machen können. Es ist wichtig zu verstehen, dass Burgdorf mit dem vor langer Zeit in seine Gemeindeordnung, das ist das oberste städtische Reglement, in Artikel 26 eingeführt und verankerten Jugendauftrag in Sachen Partizipation von Jugendlichen sehr weit geht, wesentlich weiter als der Kanton Bern und auch weiter als die meisten bernischen Gemeinden. Der Jugendantrag ist aus Sicht des GR in Burgdorf insgesamt, nach dieser Zeit kann man ein Fazit ziehen, eine Erfolgsgeschichte. Die bisherigen Jugendanträge, die dem SR unterbreitet wurden, wurden nicht nur meist deutlich angenommen, sondern sie haben auch konkrete Resultate gebracht, wie zum Beispiel die Kulturhalle. Jetzt stellt sich natürlich die Frage, wie man da weitergehen will. Die Geschichte des Jugendantrags zeigt, dass die zwei Ängste nicht eingetroffen sind, nämlich diejenigen, die damals bestanden haben, von unsinnigen oder trölerischen Anträgen, oder auch die Gegenangst, es werde überhaupt nie ein Jugendantrag eingereicht. Der eingereichte Antragstext fordert ein Jugendparlament. Mit dem Begriff Parlament ist bereits eine gewisse formalisierte Struktur gemeint, die sehr stark festlegt, wie man den Auftrag umsetzen möchte. Gewisse Regeln und Grundsätze einzuhalten, die zu einem Parlament gehören, denn ein Jugendparlament ist ein Parlament, es betrifft beispielsweise die Zusammensetzung oder die Wahl dieses Gremiums, den Sitzungsrhythmus, die Art der Verhandlungen und ein paar Dinge mehr. Natürlich kann man sagen, dass ein Jugendparlament nicht ganz so strikte Regeln haben muss, wie sie vielleicht ein SR hat. Man kommt aber um den Grundsatz nicht herum, es würde ein Parlament bleiben. Der GR hat begründete Zweifel, ob es richtig ist, den sehr unterstützenswerten und gestützten Ruf nach mehr Partizipation von Jugendlichen so zu begegnen, dass man das Resultat schon vorausnimmt. Der GR möchte das Jugendparlament nicht vorgeben und sich auch nicht darauf begrenzen. Der GR ist der Meinung, dass aufgrund von gewissen Hinweisen, wie zum Beispiel die Grösse der Stadt Burgdorf, ein Jugendparlament möglicherweise ein wenig über das Ziel hinausschiesst, zumindest jetzt. Gemeinderat Ritter Michael hat sein ganzes Berufsleben mit Leuten verbracht, die im entsprechenden Alter sind, um welche es hier geht. Es gab ab und zu Personen, die sich ein wenig von der Politik anstecken liessen. Es ist einer der wenigen Vorstösse, welche die jungen Leuten von Burgdorf wahrgenommen haben. Diese sind aber auch der Meinung, dass ein Jugendparlament zu viel ist. Der GR schlägt deshalb einen offeneren Weg vor. Man ist der Meinung, dass man mit den Jugendlichen den Weg zusammen gestalten muss und das Resultat nicht vorgibt. Man könnte vielleicht einen Jugendrat schaffen. In diesem Zusammenhang hat man auch ein wenig die Erfahrung mit dem Jugendforum Emmental, wo sich Jungparteien zusammengeschlossen haben, gemacht. Das Jugendforum ist nicht nur auf städtischer Ebene tätig, sondern auch regional. Das könnte die zukünftige Form sein. Der GR beantragt deshalb den Auftrag mit dem vorgeschlagenen abgeänderten Wortlaut anzunehmen.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass es ein Thema ist, das ihr sehr nahe ist, weil sie weiterhin die jüngste Stadträtin im SR ist und das mit 25 Jahren. Sie fühlt sich schon nicht mehr so jung, wenn sie die 18-Jährigen sieht, die jetzt abstimmen können. Entgegen der öffentlichen Meinung, dass junge Menschen manchmal politverdrossen sind, erlebt Stadträtin Veraguth Beryll sehr

viele interessierte junge Menschen in ihrem Umfeld, die aber manchmal in diesem System nicht genau wissen, wie und wo sie ihre Anliegen und Ideen einbringen sollen. Dabei spielt sicher manchmal auch die Untervertretung ihrer Generation in den herkömmlichen Parlamenten und Gremien eine Rolle. Wenn man sich überlegt, dass jetzt schon sieben Jahre jüngere Personen abstimmen können und in drei Jahren die Generation Alpha an die Urne kommen kann, merkt man, dass wir bei der Generation Z keine breite Repräsentation haben. Zum anderen haben Jugendliche eine gewisse Haltung von den älteren Generationen miterlebt, dass die Jugendlichen utopisch sind und man ihre Ideen gar nicht umsetzen kann. Man sollte dies eigentlich als Chance anschauen. Manchmal können Jugendliche auch eine Idee hinkriegen, die dazu führt, etwas einmal anders zu bewerten, anders zu denken und vielleicht auch einmal anders zu entscheiden. Schlussendlich ist die junge Generation diejenige, die am längsten von den Entscheidungen betroffen ist, die heute getroffen werden. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass man auch als Stadt Burgdorf überlegt, wie man die Jugendlichen besser abholen und Gefässe schaffen kann, um sich untereinander auszutauschen, aber auch mit Vertretungen aus dem SR und der Verwaltung sprechen kann. Man ist sich einig mit dem abgeänderten Wortlaut des GR. Das Wort Jugendparlament ist vielleicht etwas starr. Stadträtin Veraguth Beryll freut sich, dass vorhin das Jugendforum Emmental erwähnt wurde, wo sie im Vorstand tätig ist. Stadträtin Blume Tanja war zudem im Gründungsvorstand. Beim Jugendforum Emmental ist bereits Wissen vorhanden, welches man tatsächlich bei der Arbeit miteinbeziehen kann. Jugendliche brauchen manchmal niederschwellige Angebote, wie zum Beispiel, dass Stadträtinnen und Stadträte eine Schulklasse besuchen. So müssen die Jugendlichen nicht zum SR kommen, sondern die Mitglieder des SR gehen mit ihnen ins Gespräch. Der SR soll zudem nicht zehn Jahre warten mit der Umsetzung von Jugendanträgen, weil dann die 15-Jährigen inzwischen auch 25-jährig sind.

Stadträtin Blume Tanja, namens der SP-Fraktion, kann sich den Worten vollumfänglich anschliessen. Die SP-Fraktion wird den geänderten Wortlaut wie vom GR vorgeschlagen annehmen. Man teilt die Ansicht, dass es wichtig ist, mit den Jugendlichen zusammen ein geeignetes Gefäss aufzubauen, anstatt ihnen etwas vor die Nase zu setzen. Welche Form es am Schluss hat, ist zweitrangig, solange das Ziel erreicht wird, dass junge Menschen für die Politik sensibilisiert werden und Gehör erhalten. Die SP-Fraktion möchte auch nochmals darauf aufmerksam machen, dass man Synergien mit bestehenden Gefässen nutzen soll. Neben den Schulen und der Jugendarbeit, welche wichtige Kanäle sind, ist auch das Jugendforum Ämmitau zu erwähnen. Dieser Verein hat sich im Jahr 2019 gegründet, ist im gesamten Emmental inklusive Burgdorf aktiv und ist dem Dachverband der Schweizerischen Jugendparlamente angeschlossen. Schon mehrfach hat das Jugendforum sehr gut mit der Stadt Burgdorf zusammengearbeitet und es wäre sicher ein wichtiger Ansprechpartner für kommende Projekte in diesem Bereich. Die SP-Fraktion dankt dem SR, dass man den geänderten Wortlaut gemäss GR unterstützt.

Stadtrat Aebi Roger, namens der Mitte-Fraktion, teilt mit, dass die Beteiligung von Jugendlichen in der Politik für unsere Gesellschaft sehr wichtig ist. Wenn junge Menschen ihre Anliegen einbringen und sich engagieren, können sie auch die Entwicklung der Stadt Burgdorf beeinflussen. Gemäss Bericht besteht bei Jugendlichen und Kindern ein Bedürfnis nach einem Jugendparlament. Bei Kindern müsste man in diesem Zusammenhang wohl noch die Altersgrenze definieren. Laut dem Dachverband der Schweizer Jugendparlamente gibt es in der Schweiz rund 65 politische Gremien für Jugendliche auf kantonaler und kommunaler Ebene. Während grössere Städte und Kantone eher Jugendparlamente einsetzen, sind Jugendräte oder andere Gremien für kleinere Organisationen aufgrund von weniger hohen Hürden und Bürokratie die bessere Lösung. In Burgdorf können sich die Jugendlichen bereits heute mit einem Jugend- und Ausländerantrag politisch einbringen und partizipieren. Ein Jugendparlament für Burgdorf, wie wir bereits gehört haben, schiesst aus Sicht der Mitte-Fraktion klar

über das Ziel hinaus, weil es reglementarisch und organisatorisch sehr aufwendig ist, sowie noch viel mehr Bürokratie verursachen würde. Deshalb lehnt die Mitte-Fraktion den Auftrag eigentlich ab.

Stadträtin von Känel Claudia, namens der GLP-Fraktion, teilt mit, dass die Partizipation der jungen Bevölkerung wichtig ist und entsprechend begrüsst man, dass eine entsprechende Auslegeordnung erstellt wird. Wie man bereits gehört hat, schiesst ein Jugendparlament für eine Stadt in der Grösse von Burgdorf etwas über das Ziel hinaus. Es wird begrüsst, dass man etwas in Richtung Jugendforum unternehmen möchte. Mit dem bestehenden Jugendantrag, der sehr weit geht, ist es wichtig, dass dieser in der Zielgruppe noch etwas bekannter gemacht wird und die Anträge auch schnell umgesetzt werden. Entsprechend ist man gespannt auf die Vorschläge, welche mit den Jugendlichen ausgearbeitet werden. Die GLP-Fraktion unterstützt den Auftrag mit dem abgeänderten Wortlaut.

Abstimmung
Wortlaut Auftrag
Der Gemeinderat wird beauftragt, ein Jugendparlament für die Stadt Burgdorf zu planen und aufzubauen, damit die Partizipationsmöglichkeiten dieser wichtigen Bevölkerungsgruppe konkret gefördert und ihre Bedürfnisse ernstgenommen werden.

Geänderter Wortlaut Gemeinderat
Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Auslegeordnung zu erarbeiten und vorzulegen, die aufzeigt, wie die politische Beteiligung der jungen Generation auf städtischer Ebene künftig verbindlich ausgestaltet, strukturell eingebettet und umgesetzt wird. Diese Auslegeordnung ist gemeinsam mit der jungen Generation zu entwickeln und soll deren Perspektiven und Anliegen in konsolidierter Form abbilden. Das Ergebnis wird dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Gemeinderat kann dem Stadtrat gestützt darauf Anträge unterbreiten.

Stadtrat Hedinger Christian, namens der Grüne-Fraktion, teilt mit, dass die einreichenden Parteien ihren Wortlaut zugunsten des abgeänderten Wortlautes des GR zurückziehen.

Abstimmung
Geänderter Wortlaut Gemeinderat
Der Gemeinderat wird beauftragt, eine Auslegeordnung zu erarbeiten und vorzulegen, die aufzeigt, wie die politische Beteiligung der jungen Generation auf städtischer Ebene künftig verbindlich ausgestaltet, strukturell eingebettet und umgesetzt wird. Diese Auslegeordnung ist gemeinsam mit der jungen Generation zu entwickeln und soll deren Perspektiven und Anliegen in konsolidierter Form abbilden. Das Ergebnis wird dem Stadtrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Der Gemeinderat kann dem Stadtrat gestützt darauf Anträge unterbreiten.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt mit 25 Ja und 14 Nein Stimmen dem abgeänderten Wortlaut zu.

SRB: 2025-920 | Registratur-Nr. 1.7.1
Überparteiliche Motion EVP, Grüne, SVP/EDU, glp, die Mitte und Jonas Lauwiner betreffend Anpassung Postleitzahl Südquartier Burgdorf

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten. Die EVP hat den Antrag eingereicht, die Motion anzunehmen.

Stadtpräsident Berger Stefan teilt mit, dass zu diesem Thema ein Bericht in der Berner Zeitung BZ und Telebärn erschienen ist. Leider ist zum relevanteren Thema der Stadtklimainitiative kein Bericht erschienen. Der GR kann den parlamentarischen Auftrag und auch die Emotionen dahinter verstehen, obschon die Postleitzahl im Alltag eine geringere Bedeutung aufweist als noch vor einigen Jahren. Der GR kann nicht abschliessend bestimmen, dass das Südquartier die Postleitzahl 3400 erhält. Die Schweizerische Post entscheidet abschliessend über die Vergabe von Postleitzahlen. Aus diesem Grund ist die Motion als Richtlinienmotion zu betrachten. Wie in der Vorlage geschrieben, wurde die Thematik bereits vor rund 15 Jahren ohne direkten politischen Auftrag, jedoch durch Anfragen aus der Bevölkerung durch die Stadtverwaltung geprüft und schlussendlich nicht weiterverfolgt. So verständlich das Anliegen aus lokalpolitischer Sicht zu sein vermag, ist der GR überzeugt, dass eine derartige Anpassung aus Gesamtsicht nicht verhältnismässig ist. Daher lehnt der GR eine Gesuchstellung ab, setzt sich aber für eine Sicherung des Service Public der Post auf dem Gebiet der Stadt Burgdorf ein.

Stadträtin Liechti-Lanz Esther, namens der EVP, teilt mit, dass die mediale Aufmerksamkeit ihr nicht recht ist, das hätten andere Stadtratsgeschäfte mehr verdient. Wie es aber Stadtpräsident Berger Stefan gesagt hat, hat Künzi Stephan mit seiner Berichterstattung in der Berner Zeitung BZ etwas ausgelöst. Es geht nicht nur um ein emotionales oder lokalpolitisches Anliegen. Stadträtin Liechti-Lanz Esther informiert, warum die Motion eingereicht wurde. Der Postleitzahlenwechsel für das Südquartier von 3414 zu 3400 Burgdorf ist überfällig und nötig. Warum? Die Zeiten haben sich geändert. Wie der GR in seiner Antwort schreibt, ist die Post in Oberburg seit drei Jahren geschlossen. In der Zwischenzeit erhält das Südquartier die Briefpost aus Hasle-Rüegsau und nicht via Verteilerzentrum Buchmatt wie es übrigens in der Antwort steht. Das ist ein unlogischer Entscheid. Die Post wird durch Burgdorf Emmental aufwärts auf der Strasse nach Hasle-Rüegsau gefahren und danach zurück ins Südquartier gebracht. So wird der motorisierte Verkehr auf der Emmentalstrasse weiter gefördert und es ist ein ökologischer und logistischer Unsinn. Das Südquartier erhält regelmässig im Briefkasten Post der politischen Gemeinde Oberburg. Diese landen meistens sofort im Papierkorb. Die unaufgeforderten Printmedien sind für alle nicht nötig und auch nicht nutzbar. Die Bewohner des Südquartiers sind im Telefonbuch und im Telsearch nicht unter Burgdorf zu finden. Das führt seit Jahrzenten immer wieder zu Missverständnissen und verspäteter Zustellung der Briefpost. An dieser Stelle wird auf das Schreiben von Sollberger Martin und Sandra verwiesen, das in den Unterlagen aufgeschaltet war. Der grösste Arbeitgeber im Südquartier, die Ypsomed, hat für sich schon längst eine Lösung gefunden. Seit jeher legt sie Wert darauf, dass sie als Burgdorfer Unternehmen wahrgenommen wird. Das Postfach in 3401 Burgdorf war von daher für die Ypsomed die Lösung. Ein weiteres Argument, weshalb die Postleitzahl gewechselt werden muss, ist, wenn man in Besitz von ausländischen Bankkonten ist, weil das AIA angewendet wird. Das ist ein automatisches Informationsaustauschsystem zwischen den Banken und den Steuerbehörden. Wenn man als Bewohnerin und Bewohner im Südquartier in 3414 Oberburg lebt, bezahlt man aufgrund der Zugehörigkeit zur politischen Gemeinde in Burgdorf die Steuern. Für das AIA ist Burgdorf die Residenz. Jetzt weigern sich aber internationale

Banken, Dokumente an eine Adresse zu senden, die nicht mit dem Burgdorfer gemeldeten AIA übereinstimmt. Stadträtin Liechti-Lanz Esther hat keine ausländischen Konten, aber es gibt Personen im Südquartier, die ausländische Konten haben und es mühsam ist, bis man zu allen Unterlagen kommt. Viele Personen im Südquartier wünschen sich seit Jahrzehnten einen Postleitzahlenwechsel und man möchte als Burgdorferinnen und Burgdorfer wahrgenommen werden. Deshalb ist es auch schon lange angebracht, dass eine Ortstafel zum Beispiel beim Übergang von der Gemeinde Oberburg zum Burgdorfer Boden, zum Beispiel an der Bahnhofstrasse in Oberburg, steht. Damit wäre einfach visuell ersichtlich, dass man sich jetzt auf Burgdorfer Boden und in einem tollen, prosperierenden Burgdorfer Quartier befindet. Die EVP appelliert an den SR, das Anliegen nochmals zu überdenken und die Motion an den GR zu überweisen, statt abzulehnen. Es sind drei Mitglieder des SR aus dem Südquartier.

Stadtrat Fluri Raff, namens der SP-Fraktion, teilt mit, dass es verständlich ist, dass Postleitzahlen Emotionen wecken können. Er hat zehn Jahre im Weierrüti gewohnt mit 3400 Burgdorf. Es hat ihn enttäuscht, dass er die damalige Stadtpräsidentin nicht wählen konnte, weil das Haus auf Kirchberger Boden stand. Der Lebensmittelpunkt war schon damals Burgdorf, aber er konnte nur für Kirchberg abstimmen und wählen. Beim Südquartier ist das Gegenteil der Fall. Das Quartier ist praktisch mit Oberburg verwachsen und durch ein grosses Feld von Burgdorf getrennt. Die Postleitzahlen sind ein Hilfsmittel für die Logistik der Post und dient zur Orientierung. Dabei stimmt eigentlich 3414 Oberburg. Das Südquartier ist geographisch näher bei Oberburg. Man wird mit 3414 auch leichter fündig, wenn jemand eine bestimmte Adresse sucht. Wie bereits Stadtpräsident Berger Stefan erklärt hat, muss über eine Änderung der Postleitzahl schlussendlich die Post entscheiden. Es wäre wichtig, wenn man überhaupt etwas ändern möchte, dass alle Bewohnenden und alle Firmen des Südquartiers darüber entscheiden dürfen und nicht einzelne Stimmen. Es wird bezweifelt, dass die Mehrheit das möchte, sobald man sich bewusst wird, was für ein Aufwand das für jeden Einzelnen im Südquartier zur Folge hat. Beschriftungen müssten neu gedruckt werden, Dokumente müssten neu ausgestellt werden und Adressänderungen verschickt werden. In der Stadtratsvorlage ist dies vom GR sehr ausführlich aufgelistet worden. Die SP-Fraktion schliesst sich dem GR an. Man ist auch der Meinung, dass man die Energie und das politische Gehör, das man vielleicht bei der Post hat, besser dafür einsetzen würde, die Reduzierung des Service public aufzuhalten und weitere Schliessungen von Postfilialen und die Reduktion von Dienstleistungen bei der Post zu verhindern.

Stadträtin Fankhauser Claudia, namens der FDP-Fraktion, teilt mit, dass sich die Motion zur Anpassung der Postleitzahl im Südquartier auf ein Anliegen stützt, wie man gehört hat, das schon seit 15 Jahren in der Bevölkerung besteht und somit eine klare Verwurzelung und Dauerhaftigkeit aufweist. Es betrifft Steuerzahlende der Stadt Burgdorf, die sich mit ihrer Wohngemeinde stärker identifizieren möchten. Eine einheitliche Postleitzahl würde die Identität und Zugehörigkeit zum Stadtgebiet stärken und ein langes bestehendes Bedürfnis der Bevölkerung erfüllen. Für die Verwaltung ist der zusätzliche Aufwand mit den vorhandenen Ressourcen verhältnismässig und umsetzbar. Die notwendigen Anpassungen sind zwar breit, bewegen sich jedoch in einem Rahmen, den die Stadtverwaltung bewältigen kann. Auch für die doppelte Bahnhofstrasse wird es eine Lösung geben. Mit einer genügend langen Übergangsfrist wird auch der Aufwand für Privatpersonen und Unternehmen reduziert. Man ist überzeugt, dass die Vorteile einer Anpassung überwiegen werden. Die Identität der betroffenen Bevölkerung wird gestärkt, der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger wird endlich umgesetzt, und das Südquartier wird auch als fester Bestandteil von Burgdorf postalisch sichtbar. Aus diesen Gründen wird die FDP-Fraktion den Antrag des GR ablehnen. Man ist der Meinung, dass die Gemeinde Gespräche mit der Post aufnehmen soll.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es für Aussenstehende ausserhalb von Oberburg und Burgdorf keinen Sinn macht oder falsch ist. Die Postleitzahl für Burgdorf ist 3400 und passt besser, weil es Gemeindegebiet von Burgdorf ist. Deshalb wäre der Wechsel richtig. Aber auch Burgdorf klingt gut, deshalb ist es egal. Es geht nicht um die Postleitzahl, sondern um den Namen. Es soll bei der Adresse Burgdorf und nicht Oberburg stehen. Man ist nicht Gemeindemitglied von Oberburg. Bei einem Wechsel hat man das Gefühl, dass man die Adresse und Briefköpfe sofort ändern muss. Das kann man fliessend machen, denn über zehn Jahre funktionieren beide Adressen. Stadtrat Lauwiner Jonas hat drei Adresswechsel erlebt und es hat funktioniert. Es war ein flüssiger Übergang, wenn man einmal das Schild getauscht hat. Die Adressänderung muss nicht von heute auf Morgen passieren. Mit der Post kann man auf jeden Fall sprechen, man ist eine Stadt und hat Macht, um Dinge zu ändern, wenn wir wollen.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass sich seit der Schliessung der Post in Oberburg die Situation geändert hat. Weil es im Jahr 2009 den Vorstoss aus der Bevölkerung gab, merkt man, dass es immer noch ein Anliegen ist. Das hat auch der Quartierverein Burgdorf Süd bestätigt. Die Leitzahl der Bahnstrecke ist eine der vier Ziffern, aber diese ist nicht mehr von gleicher Bedeutung. Es wird sich wohl keiner mehr daran erinnern, wie der Postwagen bis nach Zollbrück verkehrt ist. Es ist richtig, dass die Pakete für das Südquartier aus dem Verteilzentrum in Burgdorf kommen, also über die Kirchbergstrasse. Stadträtin Liechti-Lanz Esther hat es richtig erwähnt, die Briefpost kommt von Hasle-Rüegsau. Man würde es begrüssen, wenn man diese Zustellverhältnisse begutachten und abklären könnte. Es stellt sich die Frage, wie es damals war, als die Oberstadtpost geschlossen wurden, weil man dadurch auch Leitzahlen anpassen musste. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Bei der Lösungssuche hat es Stadträtin Fankhauser Claudia richtig gesagt, die Bahnhofstrasse in Oberburg könnte auch Lochbachstrasse heissen, weil der zweite Teil bereits die Lochbachstrasse ist. Man wäre nicht nur gerne politisch ein Burgdorfer, sondern auch bei der Adresse. Die SVP-EDU-Fraktion hat Stimmfreigabe beschlossen.

Stadtrat Käsermann Fabian teilt mit, dass er persönlich Mühe hat mit der Aussage, eine einheitliche Postleitzahl 3400 Burgdorf fördere die Identität und Zugehörigkeit. Warum hat man den Kaltacker und Wynigen nicht dazu genommen, wo es auch Gemeindegebiet von Burgdorf gibt, die eine andere Postleitzahl haben? Lässt man diese einfach aussen vor? Der Vorstoss ist gemäss Reglement klar keine Motion, sondern ein Postulat. In den Gemeinden im Emmental gibt es solche mit 14 Postleitzahlen, wie zum Beispiel Lützelflüh oder auch Köniz.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, teilt mit, dass es diese Einwohnerinnen und Einwohner nicht interessiert. Wir sind zudem Burgdorf und nicht Lützelflüh.

Abstimmung
Ablehnung der Motion

Beschluss
Der Stadtrat stimmt mit 22 Ja und 14 Nein Stimmen bei 3 Enthaltungen dem Antrag zu.

Stadtrat Lauwiner Jonas, König JL im Dienst für die Burgdorfer, dankt dem SR, dass er die Adresse nicht ändern muss, obwohl er dafür war.

SRB: 2025-921 | Registratur-Nr. 1.7.1
Postulat EVP betreffend Gemeinschaftsgrab Erdbestattung

Verhandlung
Stadtratspräsident Schärf Philipp stellt die Eintretensfrage. Gemäss Stillschweigen ist das Eintreten unbestritten.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass man das Postulat entgegennimmt und gleichzeitig die Abschreibung empfiehlt. Es gibt keine zusätzlichen religiösen oder energetischen Vorteile gegenüber dem Reihengrab und keine Kosteneinsparungen. Die Gebühren sind identisch zum Reihengrab. Es gibt eine geringe Nachfrage nach Erdbestattungen in Burgdorf. Im Jahr 2024 waren es nur vier Erdbestattungen bei 187 Todesfällen. Es gibt keine signifikante Zunahme von Erdbestattungen in anderen Gemeinden nach der Einführung eines Gemeinschaftsgrabes. Es ist ein Verlust von wertvoller Biodiversitätsfläche bei gleichzeitig geringer Attraktivität des Grabfeldes. Gemeinderat Rappa Francesco hat kurzfristig festgestellt, dass im online Tool noch eine Frage offen war von Stadträtin Zingg Righetti Sybille, die man den Mitgliedern des SR nicht vorenthalten möchte. Es wurde gefragt, ob konkrete Zahlen vorliegen, dass in vergleichbaren Gemeinden durch die Einführung eines Gemeinschaftsgrabes keine signifikante Zunahme an Erdbestattungen zeigt. Die Rückmeldungen aus anderen Gemeinden wurden vom Bereichsleiter mündlich eingeholt, unter anderem auch von der Stadt Bern. In Bern wird das hier in Frage stehende Angebot genutzt. Die Erdbestattungen sind aber, wenn man es im Gesamtkontext anschaut, auch rückläufig. In Bern läuft das Gemeinschaftsgrab für Erdbestattungen gut. Dies weil es günstiger ist als das Reihengrab. Das Reihengrab Erdbestattung kostet Fr. 3'716.-- und das Gemeinschaftsgrab Erdbestattung Fr. 270.--. Die Einführung hatte jedoch in erster Linie das Ziel, Probleme bei Erbverzichten und Ausschlagungen, elegant zu umgehen. Gemeinderat Rappa Francesco macht zu Postulaten noch eine Anmerkung. Man soll künftig darauf achten, dass der Wortlaut klarer gefasst wird. Im vorliegenden Vorstoss ist der Text so formuliert worden, als handle es sich um einen direkten Auftrag zur Umsetzung dieser Bestattungsform. Beim Wortlaut heisst es, dass es auf dem Friedhof Burgdorf ein Gemeinschaftsgrab Erdbestattung gibt. Ein Postulat ist jedoch ein Prüfauftrag, das heisst der GR wird aufgefordert, die Möglichkeit zu prüfen, nicht diese unmittelbar umzusetzen. Das Postulat wurde gleichwohl als Prüfauftrag entgegengenommen, weil das Anliegen verständlich ist und die entsprechenden Antworten für eine fundierte Diskussion vorliegen sollen. Der GR erachtet das Postulat als erfüllt. Der GR empfiehlt das Postulat anzunehmen und gleichzeitig abzuschreiben.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, dankt dem GR für die Antwort und die vielen Argumente, die nachvollziehbar sind. Trotzdem wird darauf hingewiesen, dass man es nicht einfach als nice-to-have eingereicht hat, sondern weil es im Gespräch mit Menschen ein entsprechendes Bedürfnis aufgezeigt hat. Es gibt Menschen, die sich allein aus diesem Grund kremieren lassen, weil sie ihren Angehörigen die Grabpflege und die damit verbundenen Kosten über einen Zeitraum von manchmal bis zu 30 Jahren nicht zumuten wollen. Die Vorstellung, sich aber verbrennen zu lassen und anschliessend die Asche noch mahlen zu lassen, ist für sie sehr abstossend. Es ist wichtig, dass sich Menschen frei entscheiden können, wie sie bestattet werden wollen. Die Variante Gemeinschaftsgraberdbestattung kann eine entstandene Lücke füllen. Diverse Gemeinden, dies wurde bereits gesagt, haben diese Möglichkeit auf ihren Friedhöfen. Dazu gehören eben neben Bern auch Brienz, Münsingen, Oberdiessbach, Biglen, Grosshöchstetten, Trubschachen und Lützelflüh. Was noch spannend ist, einige davon sind wirklich erst in den letzten fünf Jahren aufgrund von steigender Nachfrage eröffnet

worden. Die EVP möchte eigentlich den Auftrag aufrechterhalten und müssen das noch einmal kurz besprechen.

Gemeinderat Rappa Francesco teilt mit, dass es ein Prüfauftrag ist. Es wurde ein Postulat eingereicht und ist deshalb kein Auftrag. Der Prüfauftrag wurde bereits erledigt, deshalb kann das Postulat gleichzeitig abgeschrieben werden.

Stadträtin Veraguth Beryll, namens der EVP, teilt mit, dass man in diesem Fall der gleichzeitigen Abschreibung zustimmt.

Stadtrat Wüthrich Urs, namens der SVP-EDU-Fraktion, teilt mit, dass die Bestattungsart Sarg-Bestattung in der Gemeinschaftswiese leider nicht angeboten wird. Es betrifft Personen, wie man vorhin gehört hat, die sich dies nicht leisten wollen oder können sowie den Angehörigen die Laufzeit nicht antun wollen. In diesem Zusammenhang ist es aber wichtig, dass man herausstreicht, dass zum Beispiel Zweitversterbende den Namen der erstverstorbenen Person auf dem Grabstein hätten, wie es zum Beispiel bei Ehepaaren der Fall ist. Es handelt sich nicht um ein Einzelanliegen, sondern um ein Bedürfnis. Ein Bericht des SRF von Brunner Stefan, Leiter oder Produktverantwortlicher der Friedhöfe Grünstadt Zürich, zeigt, dass eine Erd- oder Feuerbestattung keine Rolle spielt, sondern der Grabschmuck macht den Unterschied. Man hat eine Studie gemacht und dort kommt heraus, dass es aus dem ökologischen Gedanken das Beste sein soll. Die nachhaltigste Form sei ein Gemeinschaftsgrab mit Blumenbepflanzung, die eine Wiese sein wird. Es wird auch gesagt, dass diese Nachfrage in Zukunft von grösserer Bedeutung sein wird. Münsingen, Oberdiessbach, Riggisberg, Bern Bremgartenfriedhof, Grosshöchstetten, Trubschachen, Wasen, Rohrbach, Steffisburg und auch Lützelflüh bieten dies bereits an und wurde erfolgreich umgesetzt. Stadtrat Wüthrich Urs war im Herbst 2023 am Tag des Friedhofes in Burgdorf und hat sich in einer Präsentation die vielen Formen zeigen lassen. In der Präsentation heisst es "Leben auf dem Friedhof". Der Friedhof ist im Wandel. Die SVP-EDU-Fraktion hat Stimmfreigabe entschieden.

Abstimmung
Annahme des Postulates und gleichzeitige Abschreibung.

Beschluss
Der Stadtrat stimmt mit 38 Ja Stimmen bei 1 Enthaltung dem Antrag zu.

SRB: 2025-922 | Registratur-Nr. 1.7.1
Verschiedenes und Unvorhergesehenes

Verhandlung
Es werden folgende parlamentarische Vorstösse und Aufträge eingereicht:
- Jugendantrag betreffend geschützter Pausenplatz Schulhaus Pestalozzi
- Auftrag Grüne Partei betreffend Label "Grünstadt Schweiz" in Burgdorf
- Auftrag Grüne, EVP und SP betreffend Begegnungszone um Bahnhof Oberburg
- Interpellation Blume Tanja, SP, Veraguth Beryll, EVP, Müller Vicky, Grüne betreffend öffentliche WC-Anlagen
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Nutzung städtischer Liegenschaften im öffentlichen Interesse
- Interpellation SP-Fraktion betreffend Gastronomische Nutzung öffentlicher Räume in Burgdorf
- Interpellation Marc Bracher betreffend Terminierung von Strassensanierungen an Schulwegen – Bauarbeiten unmittelbar vor oder während der ersten Schulwochen

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass am Samstag, 1. November 2025 ab 16.15 Uhr der Stadtratsausflug in der Localnet-Arena stattfindet. Die An- und Abmeldefrist läuft bis am 13. Oktober 2025. Das OK freut sich auf eine rege Teilnahme. Am 27. Oktober 2025 um 19.00 Uhr findet die Informationsveranstaltung zum Budget statt. Diese findet aber nicht wie üblich im Gemeindesaal, sondern in der Markthalle inklusive Apéro statt. Der Terminplan 2026 des SR ist aufgeschaltet und im online Tool abrufbar. Der Terminplan inklusive die ics-Datei, damit dieser automatisch in den Kalender übernommen werden kann, wird demnächst verschickt.

Stadträtin Fankhauser Claudia informiert über die Veranstaltung im Casino Theater. Nächsten Mittwoch findet die Aufzeichnung des Podcasts Politbüro der Lieblingszeitung von Stadtrat Kämpf Jürg, nämlich der Bund, die Berner Zeitung BZ und des Tagesanzeiger statt. Der Podcast Politbüro findet monatlich oder alle vierzehn Tage statt und behandelt immer aktuelle Themen. In unregelmässigen Abständen erfolgt der Podcast auch live, wie jetzt zum Beispiel im Casino Theater. Die Themen von kommendem Mittwoch sind die Schweiz im Jahr 2025 und die neue Zuwanderungsdebatte. Der Leitartikel ist von Birrer Raphaela vom 26. Juli 2025. Es wäre schön, wenn möglichst viele Leute an diesem Politbüro teilnehmen würden, dies auch im Namen des Casino Theaters.

Stadtrat Reusser Simon teilt mit, dass gesagt wurde, dass die nächste Sitzung in der Markthalle stattfindet.

Stadtratspräsident Schärf Philipp teilt mit, dass die Informationsveranstaltung zum Budget in der Markthalle stattfindet, und zwar am Montag, 27. Oktober 2025 um 19.00 Uhr mit anschliessendem Apéro. An der Informationsveranstaltung wird nebst dem Budget 2026 über das kommende Stadtratsgeschäft zur Markthalle informiert. Der Vorsitzende informiert, dass beim Siegerinterview Kambundji Ditaji freudenüberströmt gesagt hat, sie setze sich keine Limite und glaube daran, immer besser werden zu können. Das ist sicher einer der Kernpunkte, dass sie jetzt, so jung mit 23 Jahren, schon so weit ist. Sie will Vorbild sein, damit in Zukunft noch viele Schweizerinnen und Schweizer Weltmeister werden können. Das kann auch für den Burgdorer SR gelten. Setzen wir uns keine künstlichen Grenzen und glauben daran, dass wir zusammen immer besser werden können für Burgdorf. Für den Schlummertrunk ist im Hotel Stadthaus reserviert.

Burgdorf, 10. Oktober 2025

Namens des Stadtrates:

Philipp Schärf
Stadtratspräsident

Brigitte Henzi
Protokollführerin